

EVP: Steuern auf Boden statt auf Häuser

Die EVP Thurgau unterstützt zwar die Kulturland-Initiativen. Sie sieht aber die Gefahr, dass Bauparzellen zu Spekulationsobjekten werden, sollten die Initiativen umgesetzt werden. Als Abhilfe fordert sie eine Boden- statt der heutigen Liegenschaftensteuer.

CHRISTOF WIDMER

FRAUENFELD. Die Unterschriften-sammlung für die beiden kantonalen Kulturland-Initiativen läuft auf Hochtouren. Bereits seien 1000 der nötigen 4000 Unterschriften beglaubigt, teilen die Initianten in ihrem neusten Newsletter mit. Die Unterschriften seien sehr einfach zu bekommen, weil das Thema den Thurgauerinnen und Thurgauern unter den Nägeln brenne. Die Initianten haben noch Zeit: Die sechsmonatige Sammelfrist läuft erst im August ab.

Die Initiativen verlangen, dass die heutigen Bauzonen eingefroren werden und kein zusätzliches Land mehr eingezont werden kann (unsere Zeitung berichtet). Das soll das Kulturland vor Überbauung schützen. Stattdessen sollen die bestehenden Bauzonen besser ausgenützt werden. Wie das genau passieren soll, lassen die Initiativen offen.

In diese Lücke springt die EVP Thurgau mit einem Vorschlag, den sie gestern in einem Mediengespräch präsentiert hat. Die EVP unterstützt zwar die Initiativen, sieht aber auch negative Auswirkungen, sollten sie umgesetzt werden. Die Verknappung des Baulands werde zu einer Bodenpreissteigerung führen, sagt EVP-Vizepräsident Peter Glatz. «Steigen die Baulandpreise, werden die Besitzer mit einem Verkauf zuwarten.» Das Resultat könne Baulandhortung sein. Das würde das verdichtete Bauen, das die Initiativen eigentlich anstreben, verhindern.

Nicht überbaut, mehr belastet

Um einer solchen Entwicklung vorzubeugen, bringt die EVP einen Systemwechsel in der Besteuerung der Grundstücke ins Spiel. Die heutige Liegenschaftensteuer bezieht den Wert der Gebäude auf einer Parzelle mit ein. Für eine überbaute Par-

zelle muss also mehr Liegenschaftensteuern gezahlt werden als für eine unüberbaute. Als Alternative schlägt Glatz vor, dass künftig nur noch der Bodenwert besteuert wird. Demnach könnte eine 800-Quadratmeter-Parzelle beispielsweise jährlich mit 480 Franken besteuert werden. Heute fielen für dieselbe Parzelle in Glatz' Rechenbeispiel 500 Franken Steuern an, wenn sie mit einem Einfamilienhaus überbaut ist. Unüberbaut

zahlt der Eigentümer nur 160 Franken.

Bodenhortung unattraktiv

Die Bodensteuer würde es unattraktiv machen, nicht oder schlecht überbautes Land zu halten, ist Glatz überzeugt. Wer ein Haus auf einer riesigen Parzelle habe, könnte so dazu gebracht werden, sein Land entweder selber besser zu nutzen oder einen Teil davon abzutrennen, um es einem anderen Bauherrn zu verkaufen.

Der EVP schwebt vor, die Bodenwertsteuer so zu bemessen, dass sie die Einnahmen der Liegenschaftensteuer ersetzt. «Wir wollen nicht mehr herausholen», sagt Kantonsrat Wolfgang Ackerknecht (Frauenfeld). Ziel sei der Systemwechsel zu einer Steuer mit Lenkungswirkung.

Sollte sich aber zeigen, dass die Lenkungswirkung zu gering ist, könnte immer noch ein höherer Steuersatz ins Auge gefasst

werden, sagt Vizepräsident Peter Glatz. Er glaubt aber, dass nur schon einige hundert Franken mehr Steuern auf unüberbautes Land dazu führen werden, dass Bauland «flüssig» wird – also auf den Markt kommt.

Für EVP-Kantonsrätin Elisabeth Rickenbach (Thundorf) ist der Wechsel zur Bodenwertsteuer auch unabhängig von den Kulturland-Initiativen sinnvoll. Der haushälterische Umgang mit dem Boden sei ein Dauerbrenner. Der Systemwechsel wirke so oder so positiv.

Die EVP will ihre Idee nächste Woche einem breiteren Kreis zur Diskussion stellen. Das werde ein Stimmungsbild ergeben, sagt Kantonsrat Ackerknecht. Je nachdem werden die EVP-Kantonsräte einen Vorstoss im Grossen Rat lancieren.

Diskussionsabend: 15. April, 19.30 Uhr, evangelisches Kirchgemeindehaus Weinfelden.

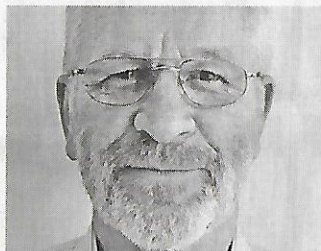


Bild: Christof Widmer

Peter Glatz
Vizepräsident
EVP Thurgau